

nr. 2 – april / mai 2017

ecke köpenicker

[Seite 3:](#) Ideen für den Bärenzwinger [Seite 4:](#) Grundschule Adalbertstraße jetzt vierzünftig

[Seite 6/7:](#) Bodenpreise gehen durch die Decke [Seite 9:](#) Mehr Würdigung für Gebrüder Lilienthal!



Ch. Eckelt

*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*



Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net. Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 1. Mai. Unser letztes Bilderrätsel zeigte das Schifffahrtszeichen am Ende des Uferwegs Märkisches Ufer. Gewonnen hat Monika Garrecht – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

13. Mai: Tag der Städtebauförderung

Öffentlicher Spreeufer-Rundgang in der Nördlichen Luisenstadt

Ohne Städtebaufördermittel ginge in vielen Kommunen nur das Allernotwendigste. Hätten Bund, Länder und EU nicht diverse Förderprogramme für Städte und Gemeinden aufgelegt, blieben viele Investitionen in die öffentliche Infrastruktur nur Träume. Um den vielfältigen Einsatz dieser Mittel transparent zu machen und Erfolge zu zeigen, findet seit 2015 jährlich bundesweit der »Tag der Städtebauförderung« statt, an dem auf zahlreichen Veranstaltungen viele konkrete Maßnahmen öffentlich vorgestellt werden. Hier können sich Bürger informieren, welche Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur mit Städtebaufördermitteln ermöglicht werden. Der Aktionstag ist eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag sowie Deutschem Städte- und Gemeindebund.

Der diesjährige Tag der Städtebauförderung findet am Samstag, dem 13. Mai statt. Im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt wird es an diesem Tag einen öffentlichen Spreeufer-Rundgang geben. Im Mittelpunkt des Rundgangs stehen die mit vielen Beteiligten unter dem Motto »Spreeufer für Alle« erarbeiteten Leitlinien des zukünftigen Spreeuferweges zwischen Märkischem Platz und Schillingbrücke. So stellt u.a. Andreas Bachmann vom Büro KoSP den Planungsprozess vor, während der Kulturwissenschaftler Eberhard Elfert an ausgewählten Stationen am Ufer die vielseitige Stadtgeschichte von ihren Anfängen bis heute lebendig werden lässt. Bei dem Rundgang gibt es auch die Gelegenheit, mit unterschiedlichen Akteuren im Sanierungsgebiet wie der Betroffenenvertretung, dem Bürgerverein Luisenstadt, diversen Initiativen, Mitarbeitern der Sanierungsverwaltung u.a. ins Gespräch zu kommen.

13. Mai, 14–16 Uhr, Treffpunkt: Haupteingang des Märkischen Museums, am Köllnischen Park. Eine Anmeldung ist nicht notwendig.

Termine

(alle im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101)

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr. Als Interessenvertretung der Bürger ist sie ein wichtiges Gremium im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen sind öffentlich. Das nächste Treffen findet am 18. April statt.

Bürgersprechstunde

Jeden Montag von 14 bis 18 Uhr steht das Koordinationsbüro KoSP als Gebietsbetreuer des Sanierungsgebiets bei einer Bürger- und Akteursprechstunde zur Verfügung, um Fragen rund um das Sanierungsgeschehen zu beantworten.
www.luisenstadt-mitte.de

Stadtteilkoordination

Offene Sprechstunde: mittwochs 15–18 Uhr
Kontakt: Sylvia Euler, KREATIVHAUS e.V., Fischerinsel 3, 10179 Berlin, (030) 238 09 13
stadtteilkoordination@kreativhaus-tpz.de

»Runder Tisch Köpenicker«

Am »Runden Tisch« werden aktuelle Probleme im Gebiet debattiert. Jeder kann teilnehmen.
Nächster Termin: Dienstag, 9. Mai, 11–13 Uhr,
Ort: Kinder- u. Jugendzentrum »Die Oase«, Wallstraße 43, 10179 Berlin, (Flachbau im Hof links)

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Neuer Anlauf für den Köllnischen Park?

Auch für den Bärenzwinger gibt es eine neue Idee



Wieder aktuell wird offenbar die bereits fertig geplante Neugestaltung des Köllnischen Parks. Der Bezirk Mitte will das Projekt nun erneut auf die Agenda des Fördergebietes Luisenstadt (Mitte) heben. Die Bauplanungsunterlagen dazu sind längst ausgearbeitet, auch viele Anwohner hatten sich im Jahr 2013 an den Diskussionen um die Umgestaltung beteiligt. Doch die Umsetzung scheiterte damals an Einspruch des früheren Senators für Stadtentwicklung, Michael Müller.

Der Öffentlichkeit gegenüber war dies nicht weiter begründet worden. Offenbar erschienen dem Senator im Jahr 2014 jedoch andere Projekte in der Stadt dringlicher als die Sanierung der vergleichsweise gut erhaltenen Grünanlage vor der Tür des Dienstgebäudes seiner Verwaltung »Am Köllnischen Park 3«. Die wesentliche Neuerung der Umgestaltung sollte jedoch die Umzäunung der »Skulpturenterrasse« darstellen: Dort ausgestellte Exponate der Berliner Stadtgeschichte waren wiederholt beschädigt worden, die Sicherung dieser Skulpturen aus Mitteln des Förderprogramms »Städtebaulicher Denkmalschutz« erschien dringend geboten.

Inzwischen haben sich einige Rahmenbedingungen geändert. Michael Müller residiert inzwischen als Regierender Bürgermeister im Roten Rathaus, im Dienstgebäude am Köllnischen Park sitzt die Senatsverwaltung für Verkehr. Wesentlicher aber ist, dass in der Stadt mittlerweile immer intensiver auch über die negativen Begleiterscheinungen des Tourismus diskutiert wird. Und dazu gehören eben auch solche unliebsamen Erscheinungen wie Vandalismus, gegen die der Zaun um den Köllnischen Park samt seinen Kunstwerken schützen soll.

Auch wird immer deutlicher, dass der Park künftig eine größere Rolle im touristischen Berlin spielen wird. Die Stiftung Stadtmuseum unter der neuen Führung von Paul Spies etwa will im Märkischen Museum Berliner Stadtgeschichte in moderner Form erzählen und es damit für neue Besucherschichten erschließen. Und mit dem Wiederaufbau der Waisenbrücke und der Einrichtung eines Uferweges entlang der Spree in Richtung East-Side-Gallery würde der Köllnische Park auch viel stärker in das Netzwerk der touristischen Wege im historischen Zentrum der Stadt integriert. Dafür sollen umfang-

reiche Fördermittel von Bund und Land eingesetzt werden. Die weitere Zurückhaltung städtebaulicher Mittel für die Sicherung der Parkanlage lässt sich unter diesen Umständen kaum noch begründen.

Und nicht zuletzt scheint sich inzwischen auch zu klären, wie der Bärenzwinger am Köllnischen Park künftig genutzt werden könnte. Als Michael Müller vor drei Jahren sein Veto gegen die Sanierung der Grünfläche eingelegt hatte, war die Stadtbäarin Schnute ja noch am Leben, erst im Oktober 2015 musste sie eingeschläfert werden. Aus den Planungen für die Neugestaltung des Köllnischen Parks war der Bärenzwinger deshalb noch vorerst ausgeklammert worden – obwohl er ja eigentlich für die Besucher ein wesentlicher Bestandteil der Grünanlage ist.

Jetzt hat das Amt für Weiterbildung und Kultur des Bezirks Mitte ein Interesse an dem denkmalgeschützten Tiergehege bekundet. Zunächst einmal als Zwischenlösung möchte eine Gruppe von »Volontär*innen« den Bärenzwinger von wechselnden Künstlerinnen und Künstlern bespielen lassen, die dort mit dem Ort und seinen Gegebenheiten experimentieren sollen. Das Konzept ist zwar ohne kulturwissenschaftliche Vorbildung nur schwer verständlich, dennoch stößt die Idee bei den Sanierungsbeteiligten in der Nördlichen Luisenstadt grundsätzlich auf freudige Zustimmung: Der Köllnische Park als Ort der Berliner Stadtgeschichte würde von einem Bärenzwinger als Standort der künstlerischen Auseinandersetzung mit der Berliner Gegenwart sicherlich produktiv ergänzt. Und auch die Herangehensweise erscheint sympathisch: zunächst einmal experimentell und provisorisch die örtlichen Gegebenheiten und Bedingungen erkunden, bevor eine bauliche Lösung dauerhaft installiert wird. Eine Finanzierung einer solchen baulichen Lösung stünde durch das Förderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz zumindest in Aussicht.

cs



Vor und Zurück bei der Eisfabrik

Auch nebenan kein Wohnungsbau in Sicht

Die TLG hat den Verkauf ihres (lukrativen) Grundstücks rund um die ehemalige Eisfabrik in der Köpenicker Straße 40/41 an einen anderen Investor offenbar vorerst gestoppt. Zumindest hat sie ihren Antrag auf eine sanierungsrechtliche Genehmigung des entsprechenden Kaufvertrages vom vergangenen Jahr zurückgezogen. In Sanierungsgebieten unterliegen Grundstücksverkäufe einer Kaufpreisüberprüfung durch den Bezirk, um Spekulation zu verhindern. Der Bezirk Mitte hatte Bedenken gegen den Kaufvertrag der TLG geäußert.

Angesichts der extremen Wertsteigerung von Grundstücken, wie sie sich im offiziellen Bodenwertatlas des Landes Berlin manifestieren, kommt der Rückzieher der TLG jedoch nicht überraschend: Die Bodenwerte im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt haben sich innerhalb eines Jahres verdoppelt (siehe Seiten 7 und 8). Deutlich höhere Kaufpreise müssen in den Kaufpreisüberprüfungen dieses Jahres also akzeptiert werden. Man rechnet damit, dass demnächst ein neuer Vertrag zur Überprüfung vorgelegt wird.

Die TLG war als Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft früher ein bundeseigenes Unternehmen zur Entwicklung der Immobilienbestände der ehemaligen DDR und wurde Ende 2012 privatisiert. Inzwischen ist sie eine an der Frankfurter Wertpapierbörse registrierte Aktiengesellschaft.

Dass die rasante Bodenwertsteigerung Investitionen in den so dringend benötigten Wohnungsbau verzögert, kann man unter anderem auf dem Nachbargrundstück der Eisfabrik gut beobachten: Auf dem Grundstück Köpenicker Straße 36–38 liegt seit ca. zwei Jahren die sanierungsrechtliche Genehmigung für den Bau von rund 300 Wohneinheiten vor. Nach der Ankündigung der Eigentümerin hätte der Bau schon im Sommer 2015 beginnen sollen, die ersten Wohnungen sollten inzwischen allmählich bezugsfertig sein. Doch das Vorhaben erreicht bisher nicht die Baugenehmigungsreife. Der Grundstückswert hat sich unterdessen verdreifacht. Auch an der Michaelkirchstraße liegen unbebaute Grundstücke bzw. Grundstücksteile weiterhin brach, ohne dass ernsthafte Bemühungen zu erkennen wären, hier schon vor Jahren angekündigte Bauabsichten tatsächlich umzusetzen.

cs

Grundschule jetzt vierzünftig

Was passiert mit den Tennisplätzen an der Melchiorstraße?

Das Bezirksamt Mitte hat in seiner Sitzung vom 7. März den Ausbau des Schulgebäudes Adalbertstraße zu einer vierzünftigen Grundschule beschlossen. Es soll noch geprüft werden, ob das derzeit leerstehende Schulgebäude abgerissen oder erweitert werden soll. Nach der Planung, die in Skizzenform der Beschlussvorlage beiliegt, stünden die Tennisplätze des Tennisclubs Berlin-Mitte infrage. Die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt protestiert.

»Ohne unsere Außenplätze wären wir nicht mehr in der Lage, Turniere durchzuführen, und würden damit unseren Status als Sportverein im Landessportbund verlieren«, erklärt Fred Bruss, der zweite Vorsitzende des Tennisclubs. »Im vergangenen Jahr haben wir deshalb mit der damaligen Stadträtin Sabine Smentek etwas ganz Anderes vereinbart: Wir wollten danach die Außenanlagen gemeinsam nutzen, die Schule tagsüber, wir nachmittags und abends.« Die Betroffenenvertretung der Nördlichen Luisenstadt bittet jetzt um ein Gespräch mit dem inzwischen für Schule, Sport und Facility Management zuständigen Stadtrat Carsten Spallek sowie mit dem Schul- und Sportamt Mitte im Rahmen des Sanierungsbeirats.

Das Bezirksamt begründet in seinem Beschluss den vierzünftigen Ausbau der Schule mit stark steigenden Schülerzahlen – unter anderem aufgrund der vielen Neubauprojekte in der Umgebung. Bereits im Schuljahr 2019/2020, also schon in zweieinhalb Jahren, würden 311 Grundschulplätze im Gebiet fehlen, das bislang von der City-Grundschule mit ihren 360 Plätzen versorgt wird. Bis zum Schuljahr 2028/29 würde sich das Defizit auf insgesamt 750 Schulplätze erweitern. Um die Schulversorgung zu garantieren, seien sowohl eine Erweiterung der City-Grundschule um 150 Plätze als auch die neue vierzünftige Grundschule in der Adalbertstraße mit 600 Plätzen notwendig.

Vor drei Jahren, zu Beginn des Jahres 2014, hatte die Betroffenenvertretung noch erfolgreich dagegen protestiert, dass der Grundschulstandort Adalbertstraße vom Bezirk völlig aufgegeben werden sollte. Damals hieß es, in der City-Grundschule bestünde noch ausreichend Kapazität, weil hier sehr viele Kinder aus Kreuzberg eingeschult seien, für die der Bezirk nicht zuständig sei. Ein vom Stadtentwicklungsamt in Auftrag gegebenes Gutachten war dagegen zu dem Ergebnis gekommen, eine 2,5-zünftige Grundschule am Standort Adalbertstraße sei aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und den Neubauvohaben in der Umgebung notwendig.

cs

Planungswerkstatt Blockentwicklung Heine-Viertel am 17. Mai!

In einer öffentlichen Veranstaltung des Bürgerverss Luisenstadt zur Blockentwicklung Heinrich-Heine-Straße Ende Januar hatte der neue Baustadtrat Ephraim Gothe angesichts des großen Diskussionsbedarfs zugesagt, eine öffentliche Planungsworkstatt mit den Anwohnern durchzuführen.

Dazu lädt nun das Bezirksamt Mitte ein: Die Planungsworkstatt findet am Mittwoch, 17. Mai, um 18 Uhr in der Evangelischen Schule Berlin Zentrum statt (Wallstraße 32, 10179 Berlin, im FORUM, 1. Hof, Erdgeschoss). Das Büro KoSP als Prozesssteuerer wird die Veranstaltung für das Bezirksamt organisieren und moderieren.

Kommentar

Alles nur Pseudo-beteiligung?

Auf den Eklat wartete man vergeblich: Die Wahl zur neuen Stadtteilvertretung des Aktiven Zentrum Müllerstraße ging völlig ungestört über die Bühne. Dabei hatte die Gruppierung »Hände weg vom Wedding« zuvor großen Wirbel angekündigt, überall im Kiez systematisch die Wahlauftrufe der Stadtteilvertretung von den Wänden gerissen und statt dessen eigene Plakate geklebt, auf denen sie ankündigte, die Wahlveranstaltung zu stören: Denn die sei »Pseudo-Bürgerbeteiligung« und alles nur eine Farce – letztlich, so die Kurzfassung des ebenso langatmigen wie wunderlichen Statements, würde auch die Stadtteilvertretung nur zur »Gentrifizierung« oder »Aufwertung« beitragen.

Das ist ein bisschen widersprüchlich. Denn einerseits wird damit dem ehrenamtlichen Bürgergremium eine Gestaltungsmacht unterstellt (Gentrifizierung!), die ihr gleichzeitig umgehend wieder abgesprochen wird (Pseudobeteiligung!)

Ja, was denn nun?

Aufklärung darüber erwartete man vergeblich. Besagtes Flugblatt, eng beschriebene vier A4-Seiten, wurde schüchtern ausgelegt oder den Besuchern in die Hände gedrückt. Etwa zehn schwarz gewandete junge Leute erschienen stumm zur Wahlveranstaltung und verschwanden ebenso wortlos wieder. Dafür mussten 25 Polizisten an diesem Abend vorsorglich Einsatz schieben. Von der Polizei eingesammelt wurde dann aber ausgerechnet ein Journalisten-Kollege der »Berliner Woche«, weil er versehentlich einen Zivilbeamten fotografiert hatte und seinen Presseausweis nicht mit sich führte. Aus dieser misslichen Lage befreite ihn schließlich der Bezirksbürgermeister.

Der Unterhaltungswert angekündigter autonomer Protestaktionen hält sich in Grenzen – originell ist das längst nicht mehr, und die meisten Menschen haben Besseres zu tun, als sich durch ellenlange theoretisierende Traktate zu kämpfen.

Immerhin 44 Weddinger hatten sich zur Wahl gestellt, um sich in den kommenden Jahren ehrenamtlich für ihren Kiez zu engagieren – in erfreulicher Vielfalt: Frauen und Männer, Ältere und Jüngere, solche, die schon länger hier wohnen ebenso wie erst vor kurzem Hierhergezogene, Menschen unterschiedlichster Professionen und nationaler Herkunft.

Die Erfahrung sagt, dass von ihnen nach ein paar Monaten oder Jahren ein fester Kern von vielleicht zehn bis zwanzig Leuten bleiben wird, die sich dann aber auch langfristig engagieren. Das ist völlig normal, in einer schnelllebigen Zeit, in der manche arbeitshalber den Wohnort wechseln müssen, Familien gründen, andere persönliche Verpflichtungen haben oder aus weiteren Gründen die Grenzen ihres persönlichen Zeitbudgets erreichen. Und manche gehen auch, weil sie enttäuscht sind und sich mehr Einfluss erwartet hatten.

Dabei sollte eines klar sein: Eine Stadtteilvertretung ist eben keine Mini-Bezirksverordnetenversammlung. Sie kann keine Beschlüsse fassen, die für die Bezirkspolitik bindend wären. Aber sie kann, wenn sie klug agiert, sehr wohl Einfluss auf die Bezirkspolitik nehmen: wenn sie nämlich tatsächlich als Bindeglied zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Politik agiert und dabei nicht nur Informationen, sondern auch glaubhafte Bewertungen transportiert. Das ist der Sinn und darin liegt die Macht einer Stadtteilvertretung. Dass in der Stadtteilvertretung Müllerstraße auch viele bisherige Mitglieder wieder ehrenamtlich antreten, dürfte ein Beleg dafür sein, dass sie eben keine »Pseudobeteiligung« betreibt und die von ihr angestoßenen Debatten durchaus Wirkung haben – auch wenn nicht alle zum Wunschergebnis führen.

us/cs

Bildecke



Bodenpreise steigen extrem

Die Bodenpreise in Berlin steigen immer schneller. Nach den aktuellen Werten für den Stichtag 1. Januar 2017, die der Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Berlin im März veröffentlichte, haben sie sich in den letzten Jahren auch in den Sanierungsgebieten vervielfacht.

Beim Gutachterausschuss werden alle Immobilienverkäufe im Land Berlin erfasst. Die Notare, die solche Verkäufe beglaubigen, reichen Kopien der Kaufverträge an den Ausschuss weiter. Die Experten errechnen dann aus den tatsächlich am Markt erzielten Preisen jährlich erneut die aktuellen Bodenwerte, indem sie den Wert der auf den Grundstücken schon errichteten Gebäude vom Kaufpreis abziehen. Da die Gebäudewerte bei niedriger Inflation kaum steigen – die Neubaupreise für Wohngebäude stiegen nach Angaben des Statistischen Landesamtes 2016 in Berlin nur um durchschnittlich 2,5% – schlagen sich Preissteigerungen auf dem Immobilienmarkt umso drastischer auf die Bodenwerte um: Nicht die Häuser werden teurer, sondern die Grundstücke.

Aus dem im Internet veröffentlichten Bodenrichtwertatlas lassen sich für die Sanierungsgebiete im Mitte folgende Preisentwicklungen für Grund und Boden ablesen:

- Im Mischgebiet des »Aktiven Zentrum Müllerstraße«, also in dessen zentralem Bereich zwischen Leopoldplatz und Seestraße, sind die Bodenwerte im vergangenen Jahr »nur« um 30% gestiegen (auf 1300 Euro/qm) und in den letzten fünf Jahren um 87%. In den Wohngebieten jedoch stieg der Bodenpreis allein im vergangenen Jahr um 71% (auf 1200 Euro/qm) und in den letzten fünf Jahren zusammengenommen sogar um 243% – das ist mehr als eine Verdreifachung.
- Im Aktiven Zentrum Turmstraße stiegen die Bodenwerte im vergangenen Jahr um 60% (auf 1600 Euro/qm), in den vergangenen fünf Jahren haben sie sich fast vervierfacht (plus 281%).
- Im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt verdoppelten sich die Bodenwerte allein im vergangenen Jahr auf 3.200 Euro/qm, in den vergangenen fünf Jahren stiegen sie um mehr als das Sechsfache (plus 540%).

In die Berechnung der Bodenrichtwerte sind nicht nur die Grundstücksverkäufe der jeweiligen Gebiete eingegangen, sondern die aller vergleichbaren Gebiete Berlins. Mit der »städtebaulichen Aufwertung« in den Sanierungsgebieten ist die extreme Bodenpreisentwicklung also definitiv nicht zu begründen. cs

(siehe auch Kommentar auf Seite 7)

Die Bodenrichtwerte Berlins der Jahre zwischen 1995 und 2017 sind im Internet unter folgender Adresse abrufbar: <http://fbinter.stadt-berlin.de/boris>

Neue Ziele für eine sozial verträgliche Stadterneuerung

In ihrem ersten Rundschreiben unter der neuen Senatorin Katrin Lompscher hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen übergeordnete Ziele für eine sozial verträgliche Stadtentwicklung definiert. Die Bezirke sollen diese bei der Konkretisierung von Sanierungszielen in den jeweiligen Sanierungsgebieten beachten. Solche Konkretisierungen stehen derzeit in den Aktiven Zentren Müller- und Turmstraße sowie im Fördergebiet Luisenstadt an, wo die Integrierten Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) aus der Zeit vor der Festlegung der Sanierungsgebiete im Jahr 2011 überarbeitet werden. Damals hieß die verantwortliche Senatorin für Stadtentwicklung noch Ingeborg Junge-Reyer und offiziell standen in Berlin angeblich 100.000 Wohnungen leer. Diese Wahrnehmung hat sich inzwischen grundlegend geändert und damit auch die Zielsetzung für die Sanierungsgebiete. Jetzt soll auch die Nutzung von Neubaupotentialen für Wohnraum aufgenommen werden. »Dabei steht die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung im Vordergrund«, so heißt es im Rundschreiben. »Die Nutzung der öffentlichen Wohnungsbauförderung durch private Bauherren wird angestrebt.«

Das dürfte in der Praxis nicht einfach umzusetzen sein. Denn diese Förderungen sind zumeist mit der Verpflichtung verbunden, die Miete langfristig niedrig zu halten und der öffentlichen Hand Belegungsrechte für die Wohnungen zuzubilligen. Deshalb sind in der Regel zusätzliche Anreize notwendig, um private Eigentümer zur Kooperation zu bewegen, etwa indem Baurechte erst neu geschaffen werden. In den Sanierungsgebieten bestehen diese aber meist schon, die Verhandlungsmasse ist also entsprechend gering. cs



Wohnungsneubaupotenziale gibt es auch in den Sanierungsgebieten von Mitte, wie hier auf dem Grundstück des Lidl-Marktes an der Müllerstraße neben dem Schillerpark-Center. Solche Parkplätze mit eingeschossigen Leichtbau-Discountern sind in den 2000er Jahren vor allem in Stadtteilen mit niedrigen Grundstückspreisen wie dem Wedding entstanden – aber auch beispielsweise direkt neben dem Hauptbahnhof. Wie könnte man die Eigentümer dazu bewegen, hier Wohnhäuser mit integrierten Handelsflächen zu errichten?

Die Revolte aus der Provinz

Wie Bodenpreise ein krasses Ungleichgewicht widerspiegeln

In Berlin schießen die Bodenpreise Jahr für Jahr heftiger nach oben. Im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt beispielsweise verdoppelten sie sich allein innerhalb des letzten Jahres, in den letzten fünf Jahren stiegen sie dort auf mehr als das Sechsfache (s. S. 6). Viele Ökonomen halten diese Entwicklung für bedrohlich und befürchten, dass demnächst eine Immobilienblase platzen könnte. So warnt das Forschungsinstitut Empirica vor einem deutlichen »Rückschlagspotenzial« insbesondere auf dem Markt für Eigentumswohnungen in den größten deutschen Städten. Andere beschwichtigen. Die Investitionsbank Berlin etwa kann Preisblasen allenfalls lokal erkennen: »Werden die Berliner Immobilienpreise jedoch im internationalen Kontext analysiert, so zeigt dieser Vergleich relativ klar, dass Wohnungen in der deutschen Hauptstadt nicht zu teuer sind. Die Berliner Immobilienwirtschaft wird ihre starke Wachstumphase voraussichtlich weiter fortsetzen«, so prognostizierte sie in ihrem Bericht vom März 2017.

Sie übersieht dabei allerdings, dass uns bei einer Fortsetzung dieser »starken Wachstumsphase« mehr droht als nur eine Bankenkrise. Eine Globalisierung ihrer Mieten können die Berlinerinnen und Berliner nämlich nicht verkraften, deren Einkommen nach wie vor auf dem bescheidenen regionalen Niveau Ostdeutschlands beharren. Ihnen nutzt es ganz und gar nicht, wenn die Vermögen ihrer Hauseigentümer sich Jahr für Jahr weiter aufblähen und mit jedem überbeuerten Immobiliengeschäft auch das offizielle Wirtschaftswachstum der Stadt in die Höhe schnell. Und der Verweis auf den »internationalen Kontext« dürfte dabei auch bei uns lediglich den Ruf nach nationalen Wunderheilern beflügeln, wie er so schmerzlich laut aus anderen Ländern der westlichen Staatengemeinschaft ertönt. Denn auch in Deutschland spaltet sich die Gesellschaft in ihrer Mitte. Das Vermögen der einen wächst Tag für Tag – auch die Aktienkurse boomen bekanntlich –, das der anderen schrumpft dagegen, weil für Rücklagen Monat für Monat immer weniger übrig bleibt. Selbst bei vielen Grundeigentümern ist das der Fall: Im niederrheinischen Würselen etwa stiegen die Bodenwerte in den vergangenen Jahren keineswegs, sondern stagnierten auf niedrigem Niveau, genau wie im sächsischen Heidenau. In Wirklichkeit verfallen die Preise

sogar, denn ohne Grundstücksverkäufe (und an wen soll man sein Eigenheim verkaufen, wenn die jungen Erwachsenen alle wegziehen?), lassen sich eben auch keine Preisbewegungen feststellen, weder nach oben noch nach unten. Auch hierzulande findet eine regionale Spaltung des Besitzbürgertums statt: Während es in den Zentren über die fortwährende Wertsteigerung jubelt, verzweifelt es in der Peripherie über die stetig schrumpfende Altersrücklage. Diese regional krass ungleichgewichtige Entwicklung dürfte auch einer der Hauptgründe für Brexit und Trump darstellen. Oder für PiS in Polen, Le Pen in Frankreich, die SVP in der Schweiz und die »Freiheitlichen« in Österreich.

Auch in Deutschland droht eine Revolte aus der Provinz. Wobei Berlin in Wirklichkeit viel mehr Provinz ist, als die Investitionsbank Berlin wahrhaben will. Berlin ist bekanntlich kein wirtschaftliches Machtzentrum wie Hamburg, München oder Frankfurt am Main und schon gar keine kapitalistische Weltstadt wie London, Los Angeles oder New York. Die hohe Nachfrage insbesondere nach Eigentumswohnungen, aber auch nach Mehrfamilienhäusern wird in der Mieterstadt offensichtlich immer weniger vom eigenen Bürgertum getragen, sondern ständig stärker von auswärtigen Kapitalanlegern, egal ob aus Süddeutschland, Europa oder gar Übersee, die die vergleichsweise immer noch niedrigen Immobilienpreise der Hauptstadt ausnutzen wollen. Wenn jedoch die Blase platzt, werden sie sich ganz schnell wieder zurückziehen – schneller, als sie gekommen sind. Erst dann werden wir wissen, wie die Stadt im internationalen Vergleich tatsächlich dasteht. Christof Schaffelder



Leser-Ecke

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über die Umwandlung eines ehemaligen Büro-Plattenbaus in der Köpenicker Straße 55 zu sogenannten »Micro-Apartments« zwischen 25 und 40 qm, die nun zu eher luxuriösen Quadratmeterpreisen zwischen 7000 und 7800 Euro bei weniger luxuriösen Wohnbedingungen verkauft werden. Ähnliche Projekte beobachtet man immer öfter in Berlin. Offenbar haben wir damit einen neuralgischen Punkt getroffen – der Text stieß auf großes Interesse bei der Leserschaft, in sozialen Netzwerken, politischen und Sanierungsgremien und sorgte für lebhaftige Diskussionen. Stellvertretend veröffentlichen wir im Folgenden zwei Positionen, die uns erreichten, und eine Antwort der Redaktion.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit großem Interesse lese ich regelmäßig Ihre Stadtteilzeitung, da ich seit 4 Jahren in der Luisenstadt wohne.

Als gebürtiger Ost-Berliner habe ich in den vergangenen 47 Jahren an verschiedensten Orten in der Berliner Innenstadt sowie in Frankfurt Main gelebt und kenne daher unterschiedlichste Wohnsituationen. Daher eine Anmerkung zum Artikel: »Berliner Betongold: Smarter Wohnen in Micro-Apartments«.

Aus meiner Sicht überschreiten Titel und Inhalt des Artikel sehr stark die Grenze zwischen Journalismus und persönlicher Meinungsäußerung. Bei einer aus Steuermitteln finanzierten Stadtteilzeitung würde ich eine Konzentration auf die journalistischen Fakten zum Thema erwarten. Alternativ wäre eine eindeutige Markierung als »Kommentar« oder ein »Pro/Contra« mit den privaten Ansichten der AutorInnen möglich.

Hier beispielhafte Zitate, die aus meiner Sicht über die journalistische Aufbereitung von Fakten hinausgehen und stattdessen persönliche Spekulationen darstellen, bzw. nicht durch konkrete Angabe von Quellen belegt sind:

»Beim Lesen des Maklerprospekts kann einem schon ziemlich übel werden.«

»Vielleicht für reiche Eltern, die ihrem Sprössling buchstäblich um jeden Preis eine Studentenwohnung in der ach so hippen Metropole besorgen möchten. Dafür könnten sie den Karnickelstall dann auch später vermieten (lassen)«

»Hier will aber nun der Eigentümer etwas Schickeres und Lukrativeres bauen: untenrum Gewerbeeinheiten, obendrüber Luxuslofts.«

Die Wohnungssituation in einer (fast) 4 Millionen Stadt ist schwierig und ein komplexes Thema. Hierzu gibt es unterschiedlichste politi-

sche und ideologische Ansichten und Standpunkte aller Beteiligten. Der genannte Artikel ist daher aus meiner Sicht eine Grenzüberschreitung. Solche persönlichen Meinungsäußerungen einer einzelnen Autorin sollten eindeutig mit der »Kommentar«-Überschrift kenntlich gemacht werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Markus Butz, Berlin, Engeldamm

Sehr geehrter Herr Dr. Markus Butz,

an journalistischen Fakten haben wir in diesem Text gewiss nicht gespart. Die von Ihnen vermisste Quellenangabe liefern wir hiermit nach: <https://herbert-kohlmeyer.de/kaufen/bezugsfreie-wohnungen> Ab diesem Link kommen Sie zu sehr schönen Verkaufsangeboten. Billig ist das alles nicht, aber ja in zentraler Lage, und sollten Sie selbst in Betongold investiert haben oder investieren wollen, dürfte Sie das freuen.

An diesen Fakten würde sich auch nichts ändern, wenn wir »Kommentar« darüberschreiben würden.

Im Übrigen gibt es kein Gesetz, das eine Trennung von Nachricht und Kommentar gebietet. Gäbe es ein solches, müsste die gesamte Presselandschaft sämtlicher Magazine, Zeitschriften und Tageszeitungen von SPIEGEL über taz bis zur BILD verboten werden.

Man nennt das Pressefreiheit. Sie gilt sogar für Medien, die »aus Steuermitteln bezahlt werden«, wie auch ARD und ZDF oder der KiKa, oder ARTE – mal abgesehen davon, dass selbstverständlich auch wir brav unsere Steuern (und den Soli) zahlen.

Aber selbstverständlich können wir künftig ähnliche Beiträge ordentlich kennzeichnen. Etwa mit dem Rubrikentitel: »Vorsicht, dieser Artikel könnte Spurenelemente von Meinung enthalten.«

Freundliche Grüße, Ulrike Steglich

Sehr geehrte Redaktion,

Ich kann Ihre negative Berichterstattung nicht recht nachvollziehen. Allein schon die Berechnungsgrundlage macht stutzig. So verfügen die Wohnungen über deutlich mehr Kubikmeter als Quadratmeter – trotz ihrer Beschränktheit wird auch die Autorin nicht auf dem Fußboden ihrer Wohnung leben. Rechnet man auf Basis einer lichten Deckenhöhe von 2,15 m, so ergibt sich sofort ein völlig anderes Bild. Selbst in der besten Lage (8. Stock) liegt der Kubikmeter-Preis so bei lediglich 3647,62 Euro. Ein Kampfpfeis in dieser Lage!

Und hierbei ist der lichte Raum vor dem Fenster noch nicht mitberechnet. Rechnen wir bei einer Allee-Lage wie der Köpenicker Straße mit einem Gebäudeabstand von 20 Metern, so ergibt sich ein Blickraum von 20 x 100 x 4000 m = 8.000.000 Kubikmetern (Straßenbreite x Blickhöhe x Blickbreite rechts und links). Addiert mit den Raum der Apartments, ergibt sich so ein Kubikmeterpreis von nur noch 0,096 Cent!

Und noch ein letzter Zusatz: Rechnen wir den vom Käufer verfügbaren Aufenthaltsraum der Weltmetropole Berlin hinzu (→ Gemeinschaftseigentum, siehe Teilungserklärung), so ergibt sich eine nutzbare Fläche von atemberaubenden 89,1 Milliarden Kubikmetern (Fläche Berlins = 891,8 Quadratkilometer x 100 Meter Blickhöhe). Diese Wohnungen sind doch geschenkt!

K.D. (Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt.)



Würdigung der Luftfahrt-Pioniere

Ein breites Bündnis fordert ein deutliches und informatives Erinnerungszeichen für die Brüder Lilienthal

In seinem Geburtsort Anklam gibt es immerhin ein kleines Museum für Otto Lilienthal, den Begründer der modernen Luftfahrt. In Berlin wurde der Flughafen Tegel nach ihm benannt – was allerdings kaum jemandem wirklich präsent ist. Doch in der Köpenicker Straße 113 – dort, wo Otto Lilienthal in den 1890er Jahren zusammen mit seinem Bruder Gustav in der gemeinsamen Maschinenfabrik die ersten Flugapparate serienmäßig produzieren ließ, mithin eine weltverändernde technische Revolution ihren Ausgangspunkt hatte – erinnert bislang nur eine ziemlich unscheinbare Stele an den Erfinder und Visionär. Auf ihr sind die Namen der Sponsoren fast wichtiger als der, dem die Stele gewidmet ist. Man könnte das Ding leicht mit einem Firmenschild verwechseln.

Die Stele steht nun ohnehin zur Disposition, weil die WBM auf dem Parkplatz vor den zehngeschossigen Plattenbauten entlang der Köpenicker zusätzlich einen luftigen dreigeschossigen Riegel mit 140 Wohneinheiten errichten will (wir berichteten). Die Stele muss also sowieso weichen.

Damit bietet sich eine gute Gelegenheit, gemeinsam darüber nachzudenken, wie man endlich auf angemessene Weise an diesen Pionier der Luftfahrt erinnern kann. Das fordern nicht nur die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt, der Bürgerverein Luisenstadt und die Initiative »Lilienthal nicht vergessen«, sondern auch viele andere historisch Interessierte – und auch die BVV Mitte unterstützt mit einem klaren Beschluss dieses Anliegen einhellig.

Bündnis fordert öffentliche Veranstaltung mit Workshop

Die WBM hatte vorgeschlagen, die Stele an einen anderen Ort umzusetzen, und auch eine mögliche Wandgestaltung ins Gespräch gebracht. Doch das ist dem engagierten Bündnis zu wenig – außerdem moniert es, dass die WBM sich lange einem Dialog verweigerte und erst auf Druck der Bezirksverordnetenversammlung reagierte. Sie

fordern vielmehr eine öffentliche Veranstaltung, auf der interessierte Bürger und Fachleute gemeinsam diskutieren können, wie eine Erinnerung an diesen bedeutenden Geburtsort der Luftfahrt und an das bemerkenswerte Wirken der Brüder Lilienthal gestaltet werden könnte. Diese Veranstaltung solle die WBM möglichst schon im Mai 2017 ermöglichen und finanzieren – andernfalls würden die Betroffenenvertretung, der Bürgerverein und die Initiative das in Eigenregie übernehmen. Zudem fordern sie, dass »bei der Errichtung eines Erinnerungszeichens alle wesentlichen Schritte eingehalten werden, die beim Setzen von Denkmälern im öffentlichen Raum allgemein üblich sind«, und zu prüfen, ob auch Mittel aus dem Senatsetat für »Kunst im Stadtraum« eingesetzt werden können.

Mit einem Brief wendet sich das engagierte Bündnis nun an WBM, Bezirks- und Senatspolitiker, an die Presse und an interessierte Institutionen wie das Deutsche Technikmuseum und Luftfahrtverbände sowie an Unterstützer und Freunde. Darin wird nicht nur ein konkreter Vorschlag unterbreitet, wie ein solcher Workshop bzw. eine dreiteilige Veranstaltung strukturiert werden könnte. Sie skizzieren darüber hinaus auch, warum den Brüdern Lilienthal ein angemessener Gedenkort genau hier, in der Köpenicker Straße, wo sie ihre Maschinenfabrik von 1883 bis 1900 betrieben, gewidmet werden sollte.

Die Brüder Lilienthal: Tüftler und Sozialreformer

Otto Lilienthal war mit seiner weltweit ersten Serienfertigung von »Normalsegelapparaten« nämlich nicht nur der Begründer der modernen Luftfahrt. Er war auch ein Anhänger sozialreformerischer Ideen, Unterstützer der Volksbühnenbewegung, führte in seinem Unternehmen den 8-Stunden-Tag und eine 25%ige Gewinnbeteiligung seiner Mitarbeiter ein (wovon viele Mitarbeiter großer Konzerne heute nur träumen können). Die Fabrik produzierte vor allem Dampfmaschinen, die es auch kleineren Unternehmen ermöglichen sollten, dezentral und unabhängig von den großen Maschinenbaufirmen zu arbeiten.

Mit seinem Bruder Gustav, einem Vertreter der damaligen Kunstgewerbebewegung, verband Otto auch das Anliegen der kulturell-ästhetischen Bildung von Kindern, überhaupt der soziale Gedanke. Gustav Lilienthal entwarf im sozialreformerischen Sinn u.a. Genossenschaftsbauten und gründete selbst die Baugenossenschaft »Freie Scholle« für Menschen mit geringem Einkommen. – Ein Thema, das heute wieder höchst aktuell ist.

Es gibt also viele gute Gründe, das Wirken der Brüder Lilienthal zu würdigen. Es muss ja nicht gleich ein pathetisches »Memorial« sein, wie es die USA den Brüdern Wright gewidmet hat. Aber die Nördliche Luisenstadt kann schon stolz sein auf diesen Teil ihrer Geschichte, der bislang kaum sichtbar gemacht wurde. Und warum sollte in die Ideenfindung und Umsetzung nicht auch die BVG einbezogen werden, die demnächst am U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen vornehmen wird? Es gibt noch viele andere gute Ideen: Vorstellbar wäre etwa ein »Café Lilienthal« in den Erdgeschoss-Ladenzonen der WBM-Neubauten. Auch eine Straßenbenennung wäre denkbar.

Es ist auch eine günstige Zeit, darüber zu debattieren. Denn der von der WBM geplante Neubau des Riegels sowie eines Punkthochhauses an der Ecke Michaelkirchstraße wird erst 2018 beginnen. Zuvor müssen erst noch unterirdisch Leitungen und Versorgungskanäle verlegt werden, was Umplanungen zur Folge hatte.

us





Rebell, Sozialist, Dissident

*Eine Erinnerung an Werner Scholem
(1895–1940)*

Werner Scholem wird als dritter von vier Söhnen des Druckerei-besitzers Arthur Scholem und seiner Frau Betty (geb. Hirsch) am 29. 12. 1895 in Berlin geboren und wächst zunächst in der Friedrichsgracht auf, ab 1906 in der Neuen Grünstraße 26 am Rande der Luisenstadt. Er stammt aus einer jüdischen Familie, deren Mitglieder bis Anfang des 19. Jahrhunderts in Glogau / Niederschlesien lebten. Der Großvater Siegfried besitzt schon seit 1861 eine Druckerei in Berlin, der Vater macht sich 1892 mit seiner eigenen »Arthur Scholem Buch- und Steindruckerei« in der Beuthstraße 6 selbständig und erzielt u.a. mit dem Druck der runden Etiketten für Schellackplatten gute Geschäftserfolge.

Die beiden ältesten Söhne Reinhold und Erich folgen dem Vorbild des Vaters und führen die Druckerei nach seinem Tod weiter. Die beiden jüngeren Söhne aber rebellieren früh gegen den autoritären Erziehungsstil und die deutsch-nationale Einstellung des Vaters. Den Anfang macht ab etwa 1908 Werner, ihm folgt sein zwei Jahre jüngerer Bruder Gerhard.

Schon früh beehrte Werner auf. Das veranlasst seinen Vater, ihn 1909–1911 auf die Samsonschule in Wolfenbüttel zu schicken, ein jüdisches Jungen-Internat, das großen Wert auf soziale Kontrolle und nationale Erziehung legt. Nach anderthalb Jahren darf Werner zurück nach Berlin, besucht das Dorotheenstädtische Realgymnasium und beginnt, sich politisch zu engagieren. Zunächst geht er zu der zionistischen Schülerorganisation »Jung-Juda« und ermuntert auch seinen Bruder, an deren Treffen teilzunehmen.

Während Werner sich nach wenigen Monaten von »Jung-Juda« ab- und der Sozialistischen Arbeiterjugend zuwendet, beginnt für Gerhard die lebenslange Faszination für Geschichte und mystische Traditionen des Judentums, die ihn dazu bestimmt, seinen Vornamen zu hebraisieren. Gershom Scholem wird bald nach Palästina emigrieren und sich zu einem der weltweit renommiertesten jüdischen Religiöshistoriker entwickeln.

Ein Bericht im »Vorwärts« über die ersten Auftritte von Werner Scholem als junger sozialistischer Agitator veranlasst seinen Vater, ihn 1913 wieder aus Berlin zu verbannen – diesmal nach Hannover an das »Gildemeistersche Institut«, wo er die gymnasiale Oberstufe vollenden soll. Werner beteiligt sich sofort wieder an den Aktivitäten der lokalen Arbeiterjugend, tritt mit 18 Jahren in die SPD ein und wird schnell zum begehrten Versammlungsredner. Dabei lernt er Emmy Wiechelt kennen, eine Kontoristin und Stenotypistin aus proletarischer Familie, die sich für das Bildungswesen der Organisation engagiert und eine ihrer Ortsgruppen leitet. Bereits Weihnachten 1913 verloben sich die beiden heimlich.

Der Beginn des Ersten Weltkriegs ist für Werner Scholem ein furchtbarer Schock. Über den Patriotismus und die nationale Orientierung der meisten Mitschüler, zu denen auch der spätere Autor Ernst Jünger gehört, der den Krieg in seinen Büchern geradezu verherrlichen wird, macht er sich keine Illusionen. Aber die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten, das Umkippen ihrer jahrzehntelang beschworenen internationalistischen Haltung in einen aggressiven Chauvinismus entsetzt ihn zutiefst.

Ostern 1915 besteht er das Abitur am Luisenstädtischen Realgymnasium in der Sebastianstraße. Für wenige Wochen kann er sich als Student an der Universität Göttingen einschreiben, aber bereits am Juni erfolgt die gefürchtete Einziehung zu einem Infanterieregiment. Die ersten Einsätze finden in Serbien und an der Ostfront statt, wo er am 21. 3. 1916 durch einen Granatsplitter verwundet und danach zur Genesung in das Berliner Reservelazarett in der Berliner Prinzenstraße geschickt wird.

Im Oktober 1916 wird er jedoch erneut in eine »Genesenden-Kompagnie« in der Nähe von Halle eingezogen. An Kaisers Geburtstag, dem 27. 1. 1917, beteiligt er sich in voller Uniform an einer sozialistischen Protestdemonstration. Er wird wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und zu neun Monaten Haft verurteilt, die bis zum Dezember 1917 andauert.

Ende 1917 heiratet er Emmy Wiechelt, was zu dem endgültigen Bruch mit seinem Vater führt, denn dieser lehnt jüdisch-christliche Mischehen grundsätzlich ab und ebenso das proletarisch-sozialistische Milieu.

Anfang 1918 kommt Werner Scholem an die Westfront und muss bis Kriegsende fürchterliche Kämpfe in Flandern und der Champagne überstehen. Während eines quälend langen Rückmarsches verpasst er die Revolution in der Heimat und sieht Weihnachten 1918 das erste Mal seine Tochter Edith.

Werner Scholem entscheidet sich nach Kriegsende nicht für die Fortsetzung seines Studiums, sondern für die politische Arbeit. Er wird Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in Hannover-Linden, seine Laufbahn als sozialistisch-kommunistischer Politiker beginnt.

Am 1. Februar 1919 macht die USPD ihn zum Lokalredakteur beim »Braunschweiger Volksfreund« – er ist Berichterstatter, Redakteur und Redner in der ganzen Provinz. Bereits im Juni 1919 wird er Redakteur der USPD-Zeitung »Volksblatt« in Halle, einer Hochburg der Partei. Er und seine Frau Emmy sind Delegierte auf dem Leipziger USPD-Parteitag im Dezember 1919.

Der im März 1920 ausgebrochene Kapp-Putsch wird in Halle unter aktiver Beteiligung der linken Einheitsfront nach tagelangen Kämpfen niedergedrungen. Als Teil der USPD-Linken sympathisiert Scholem zunehmend mit der Kommunistischen Internationale (KI), die im März 1919 in Moskau gegründet wurde. Im Dezember 1920 tritt er zusammen mit seiner Frau zur KPD über, die ihn ab Januar 1921 zum Redakteur der »Roten Fahne« macht.

Die Familie zieht nach Berlin, in eine Moabiter Wohnung in der Waldenser Straße 15, später in die Klopstockstraße 7 im Hansaviertel. Ab Februar 1921 wird Werner Scholem Mitglied des Preußischen Landtages und – auch wegen der strafrechtlichen Immunität von Abgeordneten – von der Partei sowohl bei der »Roten Fahne« als auch bei der »Schlesischen Arbeiterzeitung« in Breslau zum presserechtlich verantwortlichen Chefredakteur ernannt.

Aufgrund einer Anklage wegen Hoch- und Landesverrats nach dem Mitteldeutschen Aufstand im März 1921 wird seine Immunität aufgehoben. Er muss untertauchen und ist zeitweise in Haft, nur aufgrund einer Amnestie nach dem Rathenau-Mord wird das Verfahren später eingestellt.

Mit 25 Jahren ist Werner Scholem nun das jüngste Mitglied im Preußischen Landtag. In zahlreichen Debattenbeiträgen äußert er sich u.a. zu Schul- und Bildungsfragen. Wegen seiner Kritik an Krieg, Militär und nationalistischen Einstellungen ist er regelmäßig antisemitischen Angriffen ausgesetzt. 1922 wird er zum Organisationsleiter des KPD-Bezirks Berlin-Brandenburg ernannt.

1923 wird seine Tochter Renate geboren. Beide Töchter wachsen über längere Phasen bei den Großeltern in Hannover auf.

Der Hamburger KPD-Aufstand 1923 endet in einem Fiasko und führt zum Verbot der Partei. Die Grabenkämpfe in der KPD eskalieren, Werner Scholem fordert als Vertreter der linken Opposition die politische und organisatorische Kehrtwendung. Auf dem Frankfurter Parteitag der KPD im April 1924 wird er als Organisationsleiter in die KPD-Zentrale berufen und treibt die »Bolschewisierung« der Partei voran. Kurz darauf wird er in den Reichstag gewählt. Nach dessen Auflösung muss er wegen einer Hochverratsklage erneut bis zu seiner Wiederwahl im Dezember untertauchen.

1925 kommt es zu einer Spaltung innerhalb der »linken« KPD-Zentrale. Scholem warnt nun zunehmend vor der Abhängigkeit von Moskau und der Einschränkung der innerparteilichen Demokratie. Die Reichsparteikonferenz im Herbst 1925 endet auf Betreiben von Ernst Thälmann mit der Entfernung von Werner Scholem aus dem Zentralkomitee der KPD. Bereits ein Jahr später erfolgt sein endgültiger Rauswurf aus der KPD.

Mit 31 Jahren steht Werner Scholem beruflich vor dem Nichts. Er kann sein Reichstagsmandat bis zur Neuwahl 1928 behalten, aber zur künftigen Sicherung seines Lebensunterhalts beginnt er 1927 mit einem Jurastudium an der Berliner Universität. Zusammen mit anderen ehemaligen KPD-Mitgliedern gehört er im April 1928 zu den Gründungsmitgliedern des Leninbundes. Er wird in dessen Reichsleitung gewählt, tritt aber nach wenigen Monaten wieder aus, weil er diese neue Parteigründung wegen einer scheinbaren Linkswendung von KpDSU und Komintern nicht mehr für berechtigt hält. Für ihn bedeutet es das Ende jeglicher politischer Aktivitäten.

1931 beginnt er als Referendar im Justizdienst. In der Nacht des Reichstagsbrands wird er für einige Tage verhaftet, nach dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« entlässt man

ihn aus dem Justizdienst. Im April 1933 wird er wieder verhaftet – zusammen mit seiner Frau. Emmy Scholem gelingt während eines Hafturlaubs die Flucht nach England, die Töchter können ihr folgen. Weil die erneute Hochverratsanklage auf einer haltlosen Denunziation beruht, wird Werner Scholem im März 1935 sogar vom Volksgerichtshof freigesprochen, aber anschließend an der Gestapo übergeben. Über die KZs Columbiahaus, Lichtenburg und Dachau verschleppt man ihn im September 1938 nach Buchenwald. Trotz vieler Bemühungen von Freunden und Verwandten sowie einem vorhandenen Visum nach Shanghai lehnen die NS-Instanzen seine Entlassung immer wieder ab. Am 17. Juli 1940 wird Werner Scholem im Steinbruch des KZ Buchenwald von einem SS-Hauptscharführer erschossen.

Die Brüder Erich und Reinhold sowie seine Mutter Betty können 1938/39 nach Australien emigrieren. Emmy Scholem kehrt 1949 nach Deutschland zurück, sie tritt 1968 zum Judentum über und stirbt 1970 in Hannover.

Frauke Mahrt-Thomsen

Literaturempfehlungen:

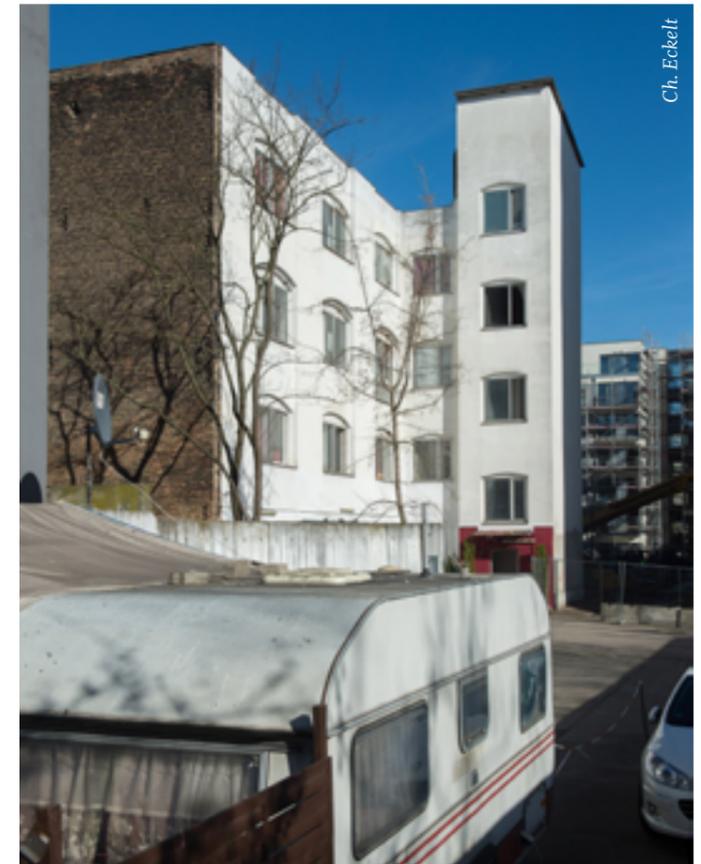
Ralf Hoffrogge:

Werner Scholem. Ein politische Biographie (1895–1940

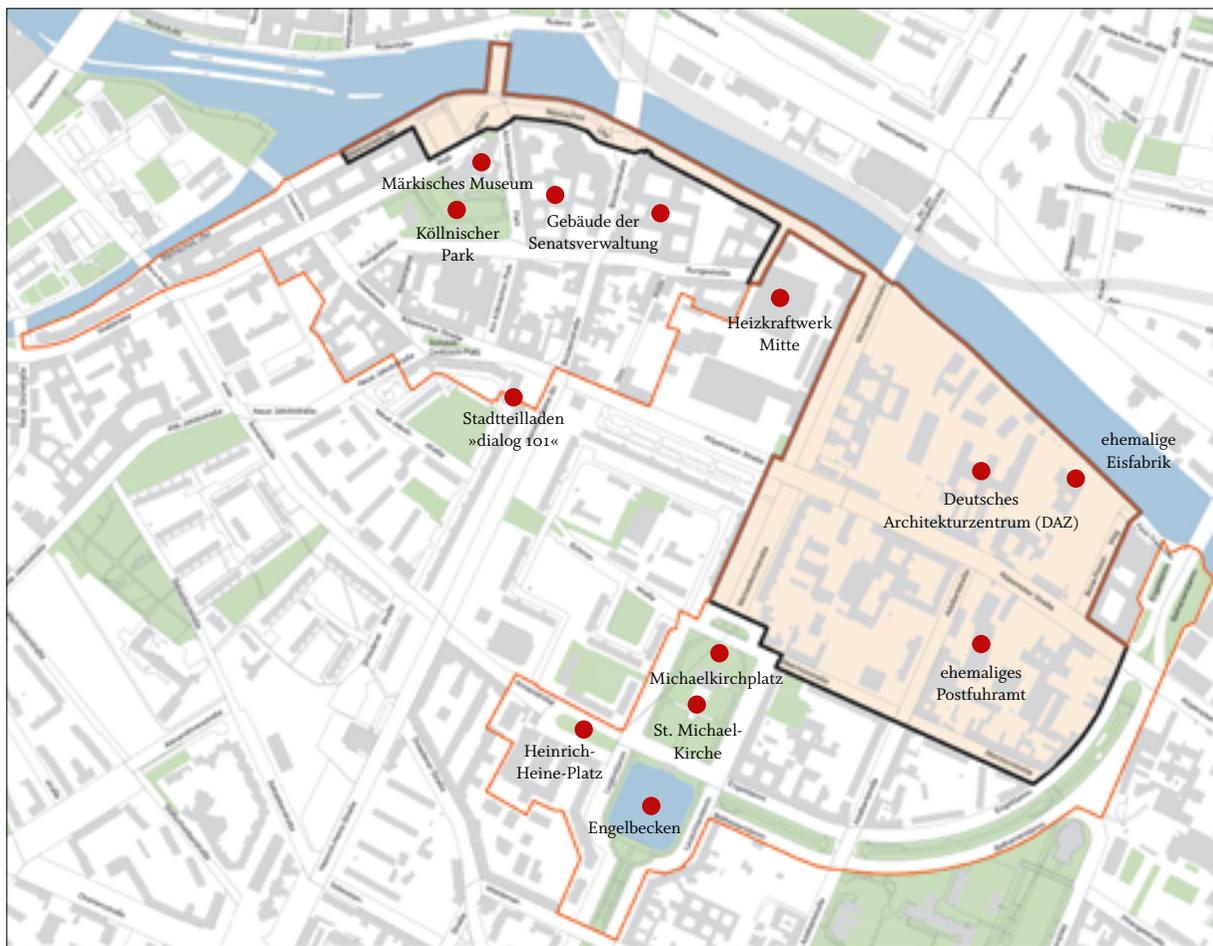
Betty und Gershom Scholem:

Mutter und Sohn im Briefwechsel 1917–1946

Scholem, Gershom: Von Berlin nach Jerusalem



Anstelle der Unterkunft für Wohnungslose, die sich bislang hier an der Köpenicker / Michaelkirchstraße befand, möchte der Investor nun großzügige Wohnlofts einrichten. Dagegen protestiert die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt deutlich. Jedoch sieht die Verwaltung keine rechtliche Grundlage, ein solches Vorhaben an dieser Stelle zu versagen.



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt,
Fachbereich Stadtplanung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
 Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,
schwedler@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de

Bürgersprechstunde: Montag 14–18 Uhr
 im Stadtteilladen dialog 101,
 Köpenicker Straße 101

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr, Stadtteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101,
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luisse-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buerer@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr